

Emissionsbedingungen

Schuldverschreibung/Anleihe REPLOID Group AG

Angebotskennung: 7245004TQQPAFPS6G78200010272

ISIN: AT0000A3T3F3

§ 1 Allgemeines

1. Die von der REPLOID Group AG mit Sitz in Österreich („**Projekträger**“) begebenen Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1.500.000 Euro sind eingeteilt in bis zu 6.000 untereinander gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen mit einem Nennbetrag von je 250 Euro („**Teilschuldverschreibung**“ oder „**Teilschuldverschreibungen**“). Die Teilschuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten des Projekträgers, die im gleichen Rang untereinander und mindestens im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten des Projekträgers stehen, soweit zwingende gesetzliche Bestimmungen nichts anderes vorschreiben (nachfolgend auch „**Schuldverschreibung**“ oder „**Schuldverschreibungen**“). Der Ausgabebetrag je Teilschuldverschreibung beträgt 100 %.
2. Die Schuldverschreibungen werden als elektronische Wertpapiere („**E-Wertpapier/e**“) in Einzeleintragung begeben und in einem elektronischen Wertpapierregister („**E-Wertpapierregister**“) gemäß § 16 des deutschen Gesetzes über elektronische Wertpapiere (eWpG) eingetragen. „**E-Wertpapierregister**“ bezeichnet ein Aufzeichnungssystem, in dem die Inhaber eines E-Wertpapiers geführt werden. Daten im E-Wertpapierregister werden in der Zeitfolge protokolliert und gegen unbefugte Löschung sowie nachträgliche Veränderung geschützt gespeichert. „**E-Wertpapier**“ bezeichnet ein Wertpapier, dass begeben wird, indem der Projekträger an Stelle der Ausstellung einer Wertpapierurkunde eine Eintragung in ein E-Wertpapierregister bewirkt.
3. Die Begebung der Schuldverschreibungen erfolgt dadurch, dass der Projekträger eine Eintragung in das E-Wertpapierregister bewirkt, das durch die Registerführende Stelle geführt wird. „**Registerführende Stelle**“ ist, wer von dem Projekträger gegenüber dem Anleihegläubiger (nachfolgend auch „**Anleger**“) als solche benannt wird. Als Registerführende Stelle ist die Smart Registry GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Berlin unter der Registernummer HRB 234468 B, von dem Projekträger bestellt. Der Projekträger trifft – mit Unterstützung der Registerführenden Stelle - die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Integrität und die Authentizität der E-Wertpapiere für die gesamte Dauer, für die das E-Wertpapier im E-Wertpapierregister eingetragen ist, zu gewährleisten. Der Projekträger ist berechtigt, die Registerführende Stelle durch eine andere Stelle zu ersetzen, die über eine Zulassung zur E-Wertpapierregisterführung gemäß § 16 eWpG verfügt.
4. Es werden weder eine Globalurkunde noch Einzelurkunden über die Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Ausgabe effektiver Schuldverschreibungen und Zinsscheine ist ausgeschlossen.
5. Die Verwahrung der Schuldverschreibungen übernimmt jeder Anleihegläubiger in einem digitalen Schließfach selbst. Die entsprechende Verwahrungsdienstleistungen werden von der Tangany GmbH, Brienner Str. 53, 80333 München, Deutschland, kostenlos erbracht. „**Digitales Schließfach**“ ist eine IT-Anwendung, die verwendet wird, um Public Keys und Private Keys zu speichern und mit der Technologie zu interagieren, deren Funktionalitäten es ermöglichen, E-Wertpapiere zu halten und zu übertragen.

§ 2 Verzinsung

1. Die Teilschuldverschreibungen werden ab dem 01.04.2026 („**Laufzeitbeginn**“) für die gesamte Laufzeit mit einem festen Zinssatz in Höhe von **9,5 % (Prozent) p.a.** (bezogen auf ihren jeweiligen Nennbetrag) verzinst („**Zinssatz**“ oder „**Zinsen**“). Die Zinsen werden als Geldüberweisung („**Geldzins**“) geleistet.
2. Die Zinsen sind halbjährlich nachträglich an den jeweiligen Zinszahlungstagen jeweils am 01.04. und 01.10. eines jeden Jahres, erstmals am 01.10.2026 zahlbar. Die Zinsberechnung für alle fällig werdenden Zinszahlungen erfolgt auf Basis von 30/360.
3. Die Zahlung des Geldzinses erfolgt derart, dass der Projekträger gegenüber dem jeweiligen Anleger leistet, wobei die von dem Projekträger geschuldete Zinszahlung über das bei dem Zahlungsdienstleister seitens des Projekträgers geführte Treuhandkonto, auf das der Projekträger Zins und Tilgung zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleger - entsprechend der Höhe der dem Anleger gegenüber dem Projekträger zustehenden Ansprüche auf Zinszahlung - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Projekträger geleisteten Zinszahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleger werden 10 Kalendertage benötigt. Der vorbenannte Zeitraum von 10 Kalendertagen wird bei der Verzinsung nicht berücksichtigt.

4. Der Projektträger übernimmt die Funktion als Berechnungsstelle (die „**Berechnungsstelle**“). Die Berechnungsstelle ist von den Beschränkungen des § 181 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs befreit.
5. Als Zahlstelle über welche die Zahlungen der Anleger mit schuldbefreiender Wirkung erfolgen, sowie für Zins- und Rückzahlungen, fungieren ausschließlich in der Europäischen Union zugelassene Zahlungsdienstleister ("**Zahlstelle**" oder "**Zahlungsdienstleister**").

§ 3 Laufzeit, Rückzahlung und Rückerwerb

1. Die Laufzeit der Teilschuldverschreibung endet nach Ablauf von 60 Monaten, gerechnet ab dem Laufzeitbeginn.
2. Die ersten 6 Monate der Laufzeit der Teilschuldverschreibungen sind tilgungsfrei. Die Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen erfolgt somit nach Ablauf von 6 Monaten, gerechnet ab dem Laufzeitbeginn zum nächsten Zinstermin, jeweils anhand der Höhe nach gleichbleibender Tilgungszahlungen in Form von Kapitalraten, deren Turnus dem unter § 2 Ziffer 2 festgelegten Turnus entspricht, erstmals am 01.04.2027.
3. Die Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen erfolgt derart, dass der Projektträger gegenüber dem jeweiligen Anleihegläubiger leistet, wobei die von dem Projektträger geschuldete Rückzahlung über das bei dem Zahlungsdienstleister seitens des Projektträgers geführte Treuhandkonto, auf das der Projektträger Zins und Tilgung zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleihegläubiger - entsprechend der Höhe der dem Anleihegläubiger gegenüber dem Projektträger zustehenden Ansprüche auf Rückzahlung - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Projektträger geleisteten Rückzahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleihegläubiger werden 10 Kalendertage benötigt. Der vorbenannte Zeitraum von 10 Kalendertagen wird bei der Verzinsung nicht berücksichtigt.
4. Der Projektträger und/oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen am Markt oder auf andere Weise zu erwerben. Die zurückerworbenen Schuldverschreibungen können gehalten, entwertet oder wieder verkauft werden.

§ 4 Kündigung, Übertragung

1. Ein ordentliches Kündigungsrecht für den Anleger besteht während der Laufzeit der Teilschuldverschreibung nicht.
2. Dem Projektträger steht während der Laufzeit der Teilschuldverschreibung ein ordentliches Kündigungsrecht zu einem Zinsfälligkeitstermin (im Folgenden „**vorzeitige Kündigung**“ oder „**vorzeitige Rückzahlung**“) zu. Eine vorzeitige Rückzahlung des gesamten noch nicht zurückgezahlten Nennbetrages der Teilschuldverschreibungen nebst bis zum jeweiligen Zinsfälligkeitstermin aufgelaufener - noch nicht gezahlter - Verzinsung durch den Projektträger ist nur zulässig, sofern (i) die vorzeitige Kündigung seitens des Projektträgers mindestens dreißig (30) Kalendertage vor dem jeweiligen Zinsfälligkeitstermin schriftlich bei Invesdor GmbH, Mariahilfer Straße 123/3/3. Etage, 1060 Wien, Österreich, eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter FN 418310m („**Invesdor**“) angekündigt wurde und (ii) der Projektträger eine Entschädigung in Höhe der folgenden Summe zahlt: die Zinsen auf den gesamten vorzeitig zurückgezahlten Nennbetrag der Teilschuldverschreibungen über die Anzahl der verbleibenden Monate mit einem Maximum von zwölf (12) Monaten. Die Entschädigung ist gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung zu leisten. Invesdor oder ein von Invesdor zu benennender Dritter erhält 1/3 der Entschädigungszahlung und die Anleger erhalten 2/3 der Entschädigungszahlung. Der Anleger erklärt sich damit einverstanden, dass der Teil der Entschädigungszahlung, welchen Invesdor oder ein von Invesdor zu benennender Dritter erhält, vom Projektträger von den Zahlungen an die Anleger direkt in Abzug gebracht wird. Der Projektträger zahlt außerdem an Invesdor oder einen von ihr zu benennenden Dritten eine einmalige Verwaltungsgebühr in Höhe von 3.000 Euro für die Abwicklung.
3. Das Recht der Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die Schuldverschreibung durch Erklärung in Textform gegenüber der anderen Partei fristlos gekündigt werden. Soweit der Zeichnungsbetrag zum Zeitpunkt der Kündigung noch nicht oder nicht voll ausgezahlt worden ist, wird der Anleger mit Zugang der Kündigungserklärung von seiner Verpflichtung zur Zahlung des Zeichnungsbetrages frei. Ein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund für den Anleger liegt zum Beispiel vor, wenn eins der nachfolgend beschriebenen Ereignisse (nachfolgend jedes einzeln „**Verwertungsfall**“ genannt) eintritt:
 - a) der Projektträger eine Zahlungsverpflichtung aus den Schuldverschreibungen nicht innerhalb von 90 Tagen nach Fälligkeit erfüllt; oder

- b) Invesdor es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Projektträger seine Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen in voller Höhe leisten wird (insbesondere, wenn der Projektträger seine Zahlungsunfähigkeit allgemein bekannt gibt oder seine Zahlungen allgemein einstellt); oder
- c) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Projektträgers eröffnet und nicht innerhalb von 30 Tagen nach der Eröffnung aufgehoben oder ausgesetzt wird oder durch den Projektträger beantragt oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder ein anderweitiges förmliches Sanierungs- oder Restrukturierungsverfahren seitens des Projektträgers durchgeführt wird.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund werden der ausgezahlte und noch nicht zurückgezahlte Nennbetrag der Teilschuldverschreibung sowie sämtliche bis dahin aufgelaufene, noch nicht gezahlte Zinsen zur Zahlung an den Anleger fällig. Der jeweilige Anleger erhält den – noch nicht zurückgezahlten – Nennbetrag der Teilschuldverschreibung nebst bis dahin aufgelaufener – noch nicht gezahlter - Verzinsung unverzüglich zurück. Der kündigende Anleger ist verpflichtet, dem Projektträger sämtliche ihm gehörenden Teilschuldverschreibungen zu übertragen. Der Projektträger wird dem Anleger nach Eingang einer berechtigten Kündigung unmittelbar eine zum Übertrag zu verwendende Adresse (Public Key) mitteilen. Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

4. Jeder Anleihegläubiger, der seine Schuldverschreibungen an einen Dritten übertragen möchte, muss dies der **Oneplanetcrowd International B.V.**, eingetragen bei der niederländischen Handelskammer unter der Nummer 61093904 („**OPC**“) im November eines jeden Jahres, erstmals zulässig im Jahr 2026, mitteilen. Die Frist bis zur ersten Handelbarkeit kann mit schriftlicher Zustimmung seitens OPC verlängert werden. Die Anleihegläubiger werden über eine solche Entscheidung informiert. Im Falle einer Übertragung muss der jeweils übertragende Anleger bzw. Anleihegläubiger nachweisen, dass die Übertragung nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften stattgefunden hat. Der Preis wird in gegenseitigem Einvernehmen zwischen dem übertragenden und dem übernehmenden Anleihegläubiger festgelegt. Die Schuldverschreibungen können nur an zukünftige Anleihegläubiger übertragen werden, die ihren Sitz oder Wohnsitz in einem EU-Mitgliedsstaat haben. Zukünftige Anleihegläubiger, die die Schuldverschreibungen durch Übertragung erwerben, haben dem Projektträger ihre Bankverbindung mitzuteilen und auf der Plattform der Abwicklungspartnerin ein Anlegerkonto zu eröffnen, um Zahlungen und Informationen hinsichtlich der Zahlungsüberwachung durch die Abwicklungspartnerin erhalten zu können. Zu diesem Zweck müssen sich zukünftige Anleihegläubiger durch die Abwicklungspartnerin identifizieren lassen, soweit nicht anderweitig eine Identifizierung durch Dritte stattgefunden hat und der Abwicklungspartnerin oder dem Projektträger die erforderlichen Angaben bekannt sind. Können zukünftige Anleihegläubiger nicht identifiziert werden, sind Zahlungsansprüche gegenüber dem Projektträger – unabhängig von der Kenntnis des jeweiligen zukünftigen Anleihegläubigers – spätestens fünf Jahre nach dem jeweiligen Fälligkeitstag nicht mehr durchsetzbar, wenn nicht zuvor bereits die Ansprüche nach den gesetzlichen Regelungen verjährt sind.

Im Übrigen gilt im Falle der Übertragung Folgendes:

- a) Die Übertragung der Teilschuldverschreibungen erfolgt auf Weisung des jeweiligen übertragenden Anleihegläubigers, den Empfänger als neuen Anleihegläubiger und somit als Inhaber in das E-Wertpapierregister mit seiner Kennung einzutragen. Als Kennung dient der Public Key („**Öffentlicher Schlüssel**“) des Digitalen Schließfachs des Anleihegläubigers. Für eine Eintragung in das E-Wertpapierregister ist der zukünftige Anleihegläubiger gemäß diesen Emissionsbedingungen durch den Projektträger in geeigneter Form zu identifizieren.
- b) Der Projektträger und die Registerführende Stelle sind berechtigt, Übertragungen von Schuldverschreibungen technisch dahingehend zu beschränken, dass Übertragungen nur an bei dem Projektträger bzw. der Registerführenden Stelle registrierte Digitale Schließfächer möglich sind (so genanntes Whitelisting). Aus diesem Grund hat der jeweilige übertragende Anleihegläubiger als aktueller Inhaber vor einer Übertragung den Projektträger und die Registerführende Stelle über die beabsichtigte Übertragung zu informieren.
- c) Eine Übertragung der Schuldverschreibungen außerhalb des E-Wertpapierregisters ist nicht zulässig. Die Gebühren für die Bearbeitung einer Übertragung von Schuldverschreibungen betragen 0,5 % des Kaufpreises der zu übertragenden Schuldverschreibungen, mindestens jedoch 50 Euro. Die Übertragungsgebühr wird dem übertragenden Anleihegläubiger von OPC oder von einem von OPC zu benennenden Dritten in Rechnung gestellt.
- d) Eine Übertragung von Schuldverschreibungen ist nur nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften zulässig. Die Schuldverschreibungen dürfen nicht an Staatsbürger der Vereinigten Staaten übertragen werden oder Personen, die in den USA steuerpflichtig sind. Die Schuldverschreibungen dürfen auch nicht an Personen solcher Länder übertragen werden, die auf der aktuellen Länderliste der Hochrisiko- und anderen überwachten Rechtsordnungen der Financial Action Task Force (FATF) geführt werden.

- e) Der Projektträger und die Registerführende Stelle sind berechtigt, die Übertragung technisch zu blockieren („Freezing“), wenn hierfür berechtigte Gründe bestehen (z.B. eine Identifizierung des Übertragenden oder Erwerbers nicht möglich ist oder der Verdacht von Straftaten bzw. anderweitigen Gesetzesverstößen besteht). Der Projektträger bzw. die Registerführende Stelle wird das Freezing unmittelbar beenden, sobald die Gründe nicht mehr bestehen bzw. der Verdacht ausgeräumt ist.

§ 5 Zinszahlungen und Rückzahlungen, Steuern

1. Alle Zahlungen des Projektträgers sind termingerecht in Euro zu leisten. Sollte es durch etwaige Teilzinszahlungen und/oder durch etwaige Sondertilgungen seitens des Projektträgers zu kleineren Zahlungsbeträgen als vorgesehen für die Anleger kommen, so werden die Anleger darauf hingewiesen, dass dies zu Rundungsdifferenzen zu Gunsten oder zu Lasten der Anleger führen kann, wobei die Auszahlung von Beträgen, die weniger als 1 Cent betragen, nicht erfolgt.
2. Sollte die Weiterleitung der Tilgungsraten der Teilschuldverschreibungen sowie die Weiterleitung der Zahlungen des Geldzinses auf das vom Anleger hinterlegte Rückzahlungskonto nicht bzw. nicht mehr möglich sein (z.B. aufgrund falscher oder nicht mehr aktueller Daten), wird der Anleger seitens der Abwicklungspartnerin zwecks Berichtigung der Daten innerhalb von 80 Kalendertagen – gerechnet ab dem Fälligkeitszeitpunkt der weiterzuleitenden Zinszahlungen bzw. Tilgungszahlungen – mindestens zweimal per E-Mail und/oder per Anruf kontaktiert. Sollte nach Ablauf der vorgenannten Frist von 80 Kalendertagen – unter Gewährung einer angemessenen Rückmeldefrist innerhalb der 80 Kalendertage - keine Rückmeldung seitens des Anlegers erfolgen, wird der Zahlungsdienstleister den entsprechenden Rückzahlungsbetrag bzw. Zinsbetrag an den Projektträger zurücküberweisen.
3. Einkünfte (Zinszahlungen bzw. Sachleistungen wie Waren-/Service-Gutscheine) im Zusammenhang mit den Teilschuldverschreibungen sind ohne Einbehalt oder Abzug von gegenwärtig oder zukünftig vorgeschriebenen Steuern, d.h. Steuern, Abgaben und behördlichen Gebühren oder Festsetzungen gleich welcher Art, die von oder in dem jeweiligen Staat, in welchem der Projektträger seinen Sitz hat, oder einer seiner Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, zu leisten, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. Der Projektträger ist im Hinblick auf einen solchen Abzug oder Einbehalt nicht zu zusätzlichen Zahlungen an die Anleger verpflichtet.

§ 6 Funktionen, Vollmachten

1. Aufgrund der Bündelung zahlreicher paralleler Teilschuldverschreibungen hat eine Vielzahl von Anlegern gleichartige Rechtspositionen gegenüber dem Projektträger. Vor diesem Hintergrund beauftragt jeder Anleihegläubiger und bevollmächtigt hiermit Invesdor unwiderruflich und nach billigem Ermessen mit der Verwaltung der Teilschuldverschreibungen.

Diese Verwaltungsvollmacht umfasst insbesondere:

- a) Vollmacht zur Organisation des Einzuges von Zins und Tilgung gemäß diesen Emissionsbedingungen (zur Klarstellung: Invesdor nimmt keine Zahlungen vom Projektträger zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger entgegen, sondern der Projektträger zahlt vielmehr direkt an den betreffenden Anleihegläubiger unter Einschaltung des Zahlungsdienstleisters) und Vollmacht zur Organisation des Einzuges von Erlösen aus einer etwaigen Verwertung der Garantie;
- b) Vollmacht zum Übersenden von automatisierten Zahlungserinnerungen vor und nach Fälligkeit sowie zur Erklärung von sonstigen Mahnungen und Fristsetzungen gegenüber dem Projektträger;
- c) Vollmacht zur Gewährung von Stundungen unter den folgenden Voraussetzungen:

Bei kurzfristigen Liquiditätsengpässen und damit einhergehenden bloßen vorübergehenden Zahlungsstockungen kann Invesdor im Namen der Anleihegläubiger eine Stundung einer demnächst fällig werdenden Rate um maximal 3 Monate gewähren. Dazu hat der Projektträger eine Liquiditätsplanung sowie eine aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertung nebst Summen- und Saldenliste einzureichen. Invesdor wird diese Unterlagen auf Plausibilität überprüfen und nach billigem Ermessen über die Stundung entscheiden. Ein Rechtsanspruch des Projektträgers auf Gewährung der Stundung besteht nicht. Invesdor wird die Anleihegläubiger über etwaige Stundungen einheitlich informieren.

- d) Vollmacht zur Entgegennahme von Erklärungen des Projektträgers (z.B. Kündigungserklärungen) oder anderer Personen als Empfangsvertreter der Anleihegläubiger;
 - e) Vollmacht Unterlagen und Informationen, welche im Zusammenhang mit den Forderungen aus den Teilschuldverschreibungen stehen bei Behörden, Insolvenzverwaltern etc. einzuholen, um diese Informationen dann an die Anleihegläubiger einheitlich kommunizieren zu können.
 - f) Vollmacht zur Übermittlung von Informationen und Unterlagen für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen (insbesondere Garantieurkunden) an die gemäß nachstehenden § 6 Ziffer 3 bevollmächtigte Rechtsanwaltskanzlei (soweit diese die Informationen als erforderlich ansieht), zur Koordinierung dieser Tätigkeiten (zur Klarstellung: durch diese Koordinierungstätigkeiten wird das Mandat an die Rechtsanwaltskanzlei zur eigenständigen Interessenwahrnehmung im eigenen Ermessen nicht beeinträchtigt); Invesdor ist im Rahmen der ihr erteilten Vollmachten zum Abschluss einer entsprechenden Vergütungsvereinbarung im Namen der Anleihegläubiger zu marktüblichen Konditionen auf der Basis des Rechtsanwaltstarifgesetzes (RATG) und den Allgemeine Honorar-Kriterien (AHK) befugt; soweit jedoch hierdurch Vergütungspflichten der Anleihegläubiger entstehen, die nicht von den erzielten Erlösen einbehalten werden können, sondern durch Zahlung der Anleihegläubiger zu begleichen sind, erfordert der Abschluss einer entsprechenden Vergütungsvereinbarung die gesonderte Zustimmung der betreffenden Anleihegläubiger;
 - g) Vollmacht zur Entgegennahme der seitens des Vorstandsvorsitzenden des Projektträgers, Philip Pauer, zu erteilenden Garantieerklärung (Verpflichtung gegenüber den Anleihegläubigern für das Ausbleiben von Zins- und/oder Rückzahlungen aus den Teilschuldverschreibungen in Höhe von maximal 250.000 Euro einzustehen) und zur Verwahrung der aufgrund der Vollmacht entgegengenommenen Garantieerklärung für den Anleihegläubiger.;
 - h) Vollmacht zur Vornahme und Entgegennahme von Zustellungen (Zustellungsbevollmächtigung) in Österreich (Sitz des Projektträgers);
 - i) Übernahme der Treuhänderstellung gemäß § 6 Ziffer 7.
2. Die im Rahmen der vorstehenden Vollmachten seitens Invesdor vorgenommen Handlungen stellen keine Rechtsdienstleistung für die Anleihegläubiger dar, sondern erfolgen lediglich innerhalb des oben beschriebenen engen Rahmens, der durch die oben definierte Vollmachterteilung vorgegeben wird, ohne jegliche rechtliche Beratung oder Beurteilung. Der Anleihegläubiger nimmt zur Kenntnis, dass Invesdor zu keinen weiteren Maßnahmen der Forderungsverwaltung oder des Forderungseinzugs ermächtigt oder verpflichtet ist. Invesdor ist insoweit insbesondere nicht bevollmächtigt über die vorgenannten Handlungen hinaus Vergleiche zu schließen, Verwertungsmaßnahmen vorzunehmen, gerichtliche Mahnverfahren oder Klagen zu führen, Insolvenzanträge zu stellen etc.
 3. Jeder Anleihegläubiger bevollmächtigt und ermächtigt Invesdor zum Zwecke des Forderungseinzuges und Verwertung etwaiger Sicherheiten und/oder Garantien eine Rechtsanwaltskanzlei mit Sitz in Österreich zu beauftragen (nachfolgend „Kanzlei“). Invesdor wird bei der Auswahl der Kanzlei berücksichtigen, dass diese über besondere Expertise im Bereich Bank- und Kapitalmarktrecht sowie Insolvenz- und Sanierungsrecht verfügt. Die Beauftragung soll die Kanzlei bevollmächtigen und ermächtigen, unter Einräumung von billigem Ermessen, Kündigungsrechte der Anleihegläubiger auszuüben und entsprechende Kündigungserklärungen gegenüber dem Projektträger nach rechtsanwaltlicher Prüfung abzugeben, bei Eintreten eines Verwertungsfalles im Interesse der Anleihegläubiger über die Vornahme von Verwertungsmaßnahmen aller Art, insbesondere Vergleiche, Mahnverfahren, Klagen, Insolvenzanträge, Geltendmachung von etwaigen Forderungen der Anleihegläubiger aus Sicherheiten und/oder Garantien, und Verkäufe der Forderung aus diesen Emissionsbedingungen zu entscheiden, die im billigen Ermessen der Kanzlei am besten geeignet erscheinen, um einen möglichst hohen Verwertungserlös für die Anleihegläubiger zu erzielen, sowie diese Maßnahmen im Namen der Anleihegläubiger durchzuführen, wobei die Kanzlei auch hinsichtlich der Reihenfolge der Verwertung billiges Ermessen zusteht. Soweit dies nicht untunlich ist, wird die Kanzlei die Verwertung mit angemessener Frist androhen. Jeder Anleihegläubiger bevollmächtigt die Kanzlei, soweit aus Sicht der Kanzlei zweckmäßig, Invesdor als Erklärungsboten gegenüber Dritten einzusetzen.
 4. Im Falle der Insolvenz der Invesdor wird die unter § 6 Ziffer 1 (ausgenommen § 6 Ziffer 1 h)) und unter § 6 Ziffer 3 genannte Vollmacht von jedem Anleihegläubiger in vollem Umfang der Stichting Custodian Agent OPC, eingetragen im niederländischen Handelsregister unter der Registernummer: 63904179 (nachfolgend „Stichting Custodian“), erteilt.

5. Jeder Anleihegläubiger verpflichtet sich, seine aus den Emissionsbedingungen und der Garantie folgenden Rechte gegen den Projektträger und/oder den Sicherungsgeber nur gebündelt durch die gemäß diesem § 6 Bevollmächtigten ausüben zu lassen und hierfür gegebenenfalls noch erforderliche Erklärungen auf Verlangen der gemäß diesem § 6 Bevollmächtigten abzugeben.
6. Die vorstehenden Vollmachten sind unwiderruflich, ausgenommen im Falle des Vorliegens eines wichtigen Grundes. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor im Falle der Insolvenz der Kanzlei oder bei einer nach Abmahnung durch den Anleihegläubiger fortgesetzten Pflichtwidrigkeit hinsichtlich der Ausübung oder Nichtausübung der Vollmachten gemäß dieses § 6. Im Falle des Widerrufs der vorstehenden Vollmachten aus wichtigem Grund verpflichtet sich der Anleihegläubiger im Sinne eines echten Vertrages zu Gunsten Dritter (nämlich zu Gunsten aller anderen Anleihegläubiger), die Forderungen nur einheitlich zusammen mit den anderen Anleihegläubigern geltend zu machen und entsprechende Rechte nur einheitlich zusammen auszuüben.
7. Jeder Anleihegläubiger tritt hiermit die Forderungen aus seiner Teilschuldverschreibungen gegen den Projektträger inklusive aller Nebenforderungen und (Neben)- Rechte unter der in nachfolgendem Satz geregelten aufschiebenden Bedingung an Invesdor und - im Falle der Insolvenz der Invesdor - an Stichting Custodian ab und Invesdor bzw. - im Falle der Insolvenz der Invesdor - Stichting Custodian nimmt diese Abtretung an (treuhänderische Abtretung zum Zwecke der Einziehung). Die vorstehende Abtretung steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass einer der vorstehend benannten Bevollmächtigten in Ausübung der in § 6 Ziffer 1-3 benannten Vollmachten die Entscheidung fällt, für Rechnung der Anleihegläubiger gegen den Projektträger Klage zu erheben, das Mahnverfahren einzuleiten oder vergleichbare Maßnahmen im Rahmen der Durchsetzung oder Verwertung der Ansprüche der Anleihegläubiger vorzunehmen. Der jeweilige Bevollmächtigte wird die Anleihegläubiger im Falle des Eintrittes dieser aufschiebenden Bedingung hierüber informieren. Diese treuhänderische Abtretung erfolgt unentgeltlich ausschließlich zur organisatorischen und prozessökonomischen Bündelung der Ansprüche der Anleihegläubiger.
8. Invesdor und - im Falle der Insolvenz von Invesdor - Stichting Custodian wird vom Anleger die jederzeit ausübbare Option eingeräumt, vom Anleger die Übertragung seiner Teilschuldverschreibungen Zug um Zug gegen Zahlung des gesamten bei Ausübung der Option noch ausstehenden Nennbetrages der Teilschuldverschreibungen nebst bis zum Zeitpunkt der Optionsausübung angefallenen – noch nicht gezahlten - Zinsen sowie einer entsprechend § 4 Ziffer 2 zu zahlenden Vorfälligkeitsentschädigung (wobei die Ausübung der Option einer vorzeitigen Kündigung durch den Projektträger gleichsteht) zu verlangen. Zu diesem Zweck bietet der Anleger hiermit Invesdor und - im Falle der Insolvenz von Invesdor - Stichting Custodian sämtliche Ansprüche aus seinen Teilschuldverschreibungen und aus der Garantie zum Kauf und zur Abtretung an. Invesdor und - im Falle der Insolvenz der Invesdor - Stichting Custodian können dieses Angebot jederzeit durch Erklärung in Textform (z.B. E-Mail) annehmen. Die Abtretung steht unter der aufschiebenden Bedingung der Zahlung des gesamten bei Ausübung der Option noch ausstehenden Nennbetrages der Teilschuldverschreibungen nebst bis zum Zeitpunkt der Optionsausübung angefallenen – noch nicht gezahlten - Zinsen sowie der entsprechend § 4 Ziffer 2 zu zahlenden Vorfälligkeitsentschädigung. Der Anleger erklärt hiermit bereits seine Zustimmung. Der Anleger ist im Fall der Optionsausübung verpflichtet, Invesdor und - im Falle der Insolvenz von Invesdor - Stichting Custodian sämtliche ihm gehörenden Teilschuldverschreibungen zu übertragen. Invesdor und - im Falle der Insolvenz von Invesdor - Stichting Custodian wird dem Anleger in diesem Fall eine zum Übertrag zu verwendende Adresse (Public Key) mitteilen.
9. Der Projektträger verpflichtet sich, Informationen, Willenserklärungen, geschäftsähnliche Handlungen und/oder sonstige Kommunikation ausschließlich über Invesdor an den Anleihegläubiger heranzutragen.

§ 7 Niederlegung der Emissionsbedingungen

1. Für die Niederlegung der Emissionsbedingungen als beständiges elektronisches Dokument hat die Registerführende Stelle die Informationen nachweisbar derart zu speichern, dass die jederzeit unverändert wiedergegeben werden können. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass die Integrität und Authentizität der gespeicherten Informationen auch langfristig sichergestellt und jederzeit überprüfbar sind.
2. Die Registerführende Stelle wird die Emissionsbedingungen jederzeit im Internet frei zugänglich und über gängige Verfahren leicht auffindbar zur Verfügung zu stellen.
3. Änderungen des Zugangs zu den Emissionsbedingungen werden rechtzeitig und in geeigneter Weise bekannt gemacht.

§ 8 Änderung der Emissionsbedingungen / Wechsel des E-Wertpapierregisters / Gemeinsamer Vertreter

1. Die Registerführende Stelle stellt sicher, dass ohne Zustimmung der Anleihegläubiger nur Änderungen an den niedergelegten Emissionsbedingungen auf folgenden Grundlagen erfolgen, soweit es sich nicht um offenbare Unrichtigkeiten handelt:
 - a) durch Gesetz,
 - b) auf Grund eines Gesetzes,
 - c) auf Grund eines Rechtsgeschäfts
 - d) auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung oder
 - e) auf Grund eines vollstreckbaren Verwaltungsakts.
2. Die Emissionsbedingungen können durch den Projektträger mit Zustimmung der Anleihegläubiger aufgrund Mehrheitsbeschlusses nach Maßgabe von § 5 SchVG geändert werden. Dasselbe gilt für den Wechsel des Wertpapierregisters gemäß § 22 eWpG. Für das Abstimmungsverfahren gelten die Bestimmungen des Abschnittes 2 (Beschlüsse der Anleihegläubiger) des deutschen Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (SchVG) in seiner jeweils gültigen Fassung, soweit nicht nachfolgend abweichendes geregelt wird. Die Anleihegläubiger beschließen mit der einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der niedergelegten Emissionsbedingungen, insbesondere in den Fällen des § 5 Abs. 3 Nummern 1 bis 9 SchVG, geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer Mehrheit von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.
3. Die Beschlüsse werden nur im Wege der Abstimmung ohne Versammlung gemäß § 18 SchVG durchgeführt. An den Abstimmungen der Anleihegläubiger nimmt jeder Anleihegläubiger nach Maßgabe des Nennwertes oder rechnerischen Anteils seiner Berechtigung aus den ausstehenden Schuldverschreibungen teil. Die Abstimmung wird vom Abstimmungsleiter geleitet. Abstimmungsleiter ist der gemeinsame Vertreter der Anleihegläubiger, wenn er zu der Abstimmung aufgefordert hat, oder eine vom Gericht bestimmte Person. § 9 Absatz 2 Satz 2 SchVG ist entsprechend anwendbar.
4. Die Aufforderung zu einer Abstimmung erfolgt durch den Abstimmungsleiter unter Einbindung der Registerführenden Stelle. Die Aufforderung zur Stimmabgabe durch den Abstimmungsleiter regelt die weiteren Einzelheiten der Beschlussfassung und der Abstimmung. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt per E-Mail an den jeweiligen Anleihegläubiger an die von diesem zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse. Mit der Aufforderung zur Stimmabgabe werden die Beschlussgegenstände, die Vorschläge zur Beschlussfassung und das Abstimmungsverfahren den Anleihegläubigern bekanntgegeben. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt mindestens 14 Kalendertage vor dem Beginn des Abstimmungszeitraums. Abweichend von § 12 Abs. 2 SchVG und § 17 SchVG erfolgt keine öffentliche Bekanntmachung der Einberufung und/oder der Beschlüsse im Bundesanzeiger. Der Abstimmungsleiter erstellt eine Niederschrift über die gefassten Beschlüsse. Die Beschlüsse werden den jeweiligen Anleihegläubigern elektronisch bekanntgegeben.
5. Zum gemeinsamen Vertreter für alle Anleihegläubiger („**gemeinsamer Vertreter**“) wird Invesdor und - im Falle der Insolvenz der Invesdor - Stichting Custodian nach Maßgabe des § 7 SchVG bestellt, wobei Invesdor und - im Falle der Insolvenz von Invesdor - Stichting Custodian berechtigt sind, jederzeit eine dritte von diesen zu benennende Person für diese Funktion einzusetzen. Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Anleihegläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Anleihegläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Anleihegläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Anleihegläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn, der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den Anleihegläubigern zu berichten. Kosten und Aufwendungen trägt gemäß § 7 Abs. 6 SchVG der Projektträger.
6. Änderungen des Inhalts der Emissionsbedingungen nach vorstehenden Maßgaben werden erst durch Niederlegung bei der Registerführenden Stelle wirksam (§ 5 eWpG). In den geänderten Emissionsbedingungen müssen die Änderungen nachvollziehbar sein. Hierfür werden die verschiedenen Versionen fortlaufend nummeriert und zeitlich protokolliert nachweisbar derart gespeichert, dass sie jederzeit unverändert wiedergegeben werden können. Beschlüsse der Gläubigerversammlung, durch die der Inhalt der Emissionsbedingungen abgeändert oder ergänzt wird, sind in der Weise zu vollziehen, dass die bei der Registerführenden Stelle zugänglichen Emissionsbedingungen, auf die die Eintragung im E-Wertpapierregister Bezug nimmt, ergänzt oder geändert werden. Tag und Uhrzeit der Änderung oder Ergänzung sind anzugeben. Der Abstimmungsleiter hat dazu den in der Niederschrift dokumentierten Beschlussinhalt an die Registerführende Stelle zu übermitteln mit dem Ersuchen, die eingereichten Dokumente den vorhandenen Dokumenten

in geeigneter Form beizufügen. Er hat gegenüber der Registerführenden Stelle zu versichern, dass der Beschluss vollzogen werden darf.

§ 9 Technische Änderungen

Der Projektträger ist berechtigt, die technischen Modalitäten der Zahlung oder andere ähnliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger zu ändern, sofern solche Änderungen die wirtschaftliche Situation der Anleihegläubiger nicht verschlechtern.

§ 10 Schlussbestimmungen

1. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen und alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und des Projektträgers unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Es gilt deutsches Rechtsverständnis.
2. Im Falle des Todes eines Anleihegläubigers gehen die Schuldverschreibungen auf seine Erben über. Bei mehreren Erben haben diese einen gemeinsamen bevollmächtigten Vertreter gegenüber dem Projektträger zur Ausübung der Rechte aus den Schuldverschreibungen zu benennen. Der bzw. die Erben sind verpflichtet, sich gegenüber dem Projektträger als Erben unverzüglich nach dem Erbfall durch Vorlage eines Erbscheins oder eines Erbnachweises entsprechend § 35 Grundbuchordnung (GBO) in der jeweils geltenden Fassung oder eines damit vergleichbaren ausländischen Erbnachweises zu legitimieren. Die Kosten für die Beibringung des Erbnachweises trägt der Rechtsnachfolger. Bis zur Legitimierung des bzw. der Erben und der Benennung eines gemeinsamen Vertreters bei mehreren Erben ruhen die Rechte aus den Schuldverschreibungen und Zahlungen finden nicht statt.

Issue Terms

Bond REPLOID Group AG
Offer identifier: 7245004TQQPAFPS6G78200010272
ISIN: AT0000A3T3F3

§ 1 General Provisions

1. The bonds issued by REPLOID Group AG with its registered office in Austria ("**Project Owner**") in an aggregate principal amount of up to € 1,500,000 are divided into up to 6,000 bearer bonds with equal rights and a principal amount of € 250 each ("**Bond**" or "**Bonds**"). The Bonds constitute direct, unconditional and unsubordinated obligations of the Project Owner, which rank pari passu among themselves and at least pari passu with all other present and future unsecured and unsubordinated obligations of the Project Owner, unless otherwise required by mandatory law. The nominal value per Bond is 100 %.
2. The Bonds shall be issued as electronic securities ("**E-Security/ies**") in single entry and shall be registered in an electronic securities register ("**E-Securities Register**") pursuant to section 16 of the German Electronic Securities Act (eWpG). "**E-Securities Register**" means a system of records in which the holders of an E-Security are kept. Data in the E-Securities Register shall be logged in chronological order and stored in a manner that is protected against unauthorised deletion and subsequent modification. "**E-Security**" means a security that is issued by the Project Owner effecting an entry in an E-Securities Register instead of issuing a securities certificate.
3. The Bonds are issued by the Project Owner effecting an entry in the E-Securities Register, which is maintained by the Registrar. The "**Registrar**" shall be the entity designated as such by the Project Owner vis-à-vis the Bondholder (hereinafter also referred to as the "**Investor**"). Smart Registry GmbH, registered in the commercial register of the Local Court of Charlottenburg Berlin under register number HRB 234468 B, has been appointed as the Registrar by the Project Owner. The Project Owner shall – with the support of the Registrar – take the necessary technical and organizational measures to ensure the integrity and authenticity of the E-Securities for the entire period for which the E-Security is registered in the E-Securities Register. The Project Owner is authorised to replace the Registrar by another entity which is authorised to keep the E-Securities Register in accordance with Section 16 eWpG.
4. Neither a global certificate nor individual certificates will be issued in respect of the Bonds. The issue of effective Bonds and interest coupons is excluded.
5. Each Bondholder is responsible for the safekeeping of the Bonds in a Digital Safe Deposit Box. The respective custody services are provided by Tangany GmbH, Brienner Str. 53, 80333 Munich, Germany, free of charge. "**Digital Safe Deposit Box**" is an IT application used to store public keys and private keys and to interact with the technology, the functionalities of which enable E-Securities to be held and transferred.

§ 2 Interest

1. The Bonds shall bear interest from 01.04.2026 ("**Startdate**") for the entire term at a fixed interest rate of **9.5 % (percent) per annum** (based on their respective principal amount) ("**Interest Rate**" or "**Interest**"). The Interest shall be paid as a money transfer ("**Cash Interest**").
2. Interest shall be payable semi-annually in arrears on the respective interest payment dates on 01.04. and 01.10. of each year, for the first time on 01.10.2026. The interest calculation for all interest payments falling due is based on 30/360.
3. Cash Interest is paid by the Project Owner to the respective Investor, whereby the interest payment owed by the Project Owner is made via the escrow account held by the Project Owner with the payment service provider, to which the Project Owner must transfer interest and principal. Payments received from the escrow account are forwarded by the payment service provider to the Investors on a pro rata basis in accordance with the amount of the interest payment claims to which the Investor is entitled vis-à-vis the Project Owner. The payment service provider requires 10 calendar days to forward the interest payments made by the Project Owner to the respective Investor. The aforementioned period of 10 calendar days is not taken into account when calculating interest.

4. The Project Owner shall act as calculation agent (the "**Calculation Agent**"). The Calculation Agent is exempt from the restrictions of § 181 of the German Civil Code.
5. As paying agents through which the Investors' payments are made with debt-discharging effect, as well as for interest payments and repayments, shall act exclusively payment service providers authorised in the European Union ("**Paying Agent**" or "**Payment Service Provider**").

§ 3 Term, Repayment and Repurchase

1. The term of the Bonds ends after 60 months, calculated from the Startdate.
2. The first 6 months of the term of the Bonds are redemption-free. The redemption of the Bonds shall therefore take place after the expiry of 6 months, calculated from the Startdate on the next interest payment date, in each case on the basis of constant redemption payments in the form of capital instalments, the frequency of which corresponds to the frequency specified under § 2 number 2, for the first time on 01.04.2027.
3. The Bonds are repaid in such a way that the Project Owner makes a payment to the respective Bondholder, whereby the repayment owed by the Project Owner is made via the escrow account held by the Project Owner with the payment service provider, to which the Project Owner has to transfer interest and repayment. Payments received from the escrow account are forwarded by the payment service provider to the Bondholders in proportion to their amount of repayment claims against the Project Owner. 10 calendar days are required for the payment service provider to forward the repayments made by the Project Owner to the respective Bondholder. The aforementioned period of 10 calendar days is not taken into account when calculating interest.
4. The Project Owner and/or any of its affiliates may at any time purchase Bonds in the market or otherwise. The repurchased Bonds may be held, cancelled or resold.

§ 4 Termination, Transfer

1. There is no ordinary right of termination for the Investor during the term of the Bonds.
2. During the term of the Bonds, the Project Owner has an ordinary right of termination on an interest due date (hereinafter referred to as "**Early Termination**" or "**Early Repayment**"). Early Repayment by the Project Owner of the entire principal amount of the Bonds not yet repaid, together with interest accrued - but not yet paid - up to the respective interest due date, is only permitted if (i) the Project Owner has given written notice of Early Termination to Invesdor GmbH, Mariahilfer Straße 123/3/ 3. Floor, 1060 Vienna, Austria, registered in the Commercial Register of the Commercial Court of Vienna under FN 418310m ("**Invesdor**") at least thirty (30) calendar days before the respective interest due date and (ii) the Project Owner pays compensation in the following amount: the interest on the entire principal amount of the Bonds redeemed early over the number of months remaining with a maximum of twelve (12) months. The compensation is to be paid at the same time as the Early Repayment. Invesdor or a third party to be designated by Invesdor receives 1/3 of the compensation payment and the investors receive 2/3 of the compensation payment. The Investor agrees that the portion of the compensation payment received by Invesdor or a third party to be designated by Invesdor will be deducted directly by the Project Owner from the payments to the Investors. The Project Owner will also pay Invesdor or a third party to be designated by it a one-off administration fee of € 3,000 for the settlement.
3. The right of the parties to terminate the contract for good cause remains unaffected. In the event of good cause, the Bond may be terminated without notice by means of a declaration in text form to the other party. If the subscription amount has not yet been paid or has not been paid in full at the time of termination, the Investor shall be released from his obligation to pay the subscription amount upon receipt of the notice of termination. The Investor has the right to terminate the contract for good cause if, for example, if one of the events described below (hereinafter each individually referred to as "**Event of Default**") occurs:
 - a) the Project Owner fails to fulfil a payment obligation arising from the Bonds within 90 days after the due date; or
 - b) Invesdor considers it unlikely that the Project Owner will fulfil its payment obligations arising from the Bonds in full (in particular, if the Project Owner generally announces its insolvency or generally discontinues its payments); or

- c) insolvency proceedings are opened against the Project Owner's assets and are not terminated or suspended within 30 days after the opening or are applied for by the Project Owner or the opening of insolvency proceedings is refused for lack of assets or other formal reorganisation or restructuring proceedings are carried out by the Project Owner.

In the event of termination for good cause, the principal amount of the Bond that has been paid out and not yet repaid as well as all interest accrued up to that point and not yet paid will be due for payment to the Investor. The respective Investor shall immediately receive back the principal amount of the Bond - not yet repaid - together with any interest accrued up to that point - not yet paid. The terminating Investor is obliged to transfer all Bonds belonging to him to the Project Owner. Upon receipt of a justified termination, the Project Owner shall immediately notify the Investor of an address (public key) to be used for the transfer. The right of termination shall lapse if the reason for termination was cured before the right was exercised.

- 4. Any Bondholder who wishes to transfer his/her Bonds to a third party must notify **Oneplanetcrowd International B.V.**, registered with the Dutch Chamber of Commerce under number 61093904 ("**OPC**") of this in November of each year, for the first time permissible in 2026. This trading period may be extended with the written permission of OPC. The Bondholders will be notified of any such decision. In the event of a transfer, the respective transferring Investor or Bondholder must prove that the transfer has taken place in accordance with the applicable statutory provisions. The price shall be determined by mutual agreement between the transferring and the acquiring Bondholder. The Bonds may only be transferred to future Bondholders who are domiciled or resident in an EU member state. Future Bondholders who acquire the Bonds by transfer shall provide the Project Owner with their bank details and open an investor account on the platform of the settlement partner in order to receive payments and information regarding payment monitoring by the settlement partner. For this purpose, future Bondholders must be identified by the Settlement Partner, unless they have otherwise been identified by third parties and the required information is known to the settlement partner or the Project Owner. If future Bondholders cannot be identified, payment claims against the Project Owner - irrespective of the knowledge of the respective future Bondholder - can no longer be enforced at the latest five years after the respective due date, unless the claims have already become statute-barred beforehand in accordance with the statutory regulations.

In all other respects, the following shall apply in the event of transfer:

- a) The Bonds are transferred based on the instruction of the respective transferring Bondholder to enter the transferee as a new Bondholder and thus as the holder in the E-Securities Register with his/her identifier. The public key of the Bondholder's Digital Safe Deposit Box serves as the identifier. For an entry in the E-Securities Register, the future Bondholder must be identified by the Project Owner in an appropriate form in accordance with these Issue Terms.
- b) The Project Owner and the Registrar are authorised to technically restrict transfers of Bonds to the effect that transfers are only possible to Digital Safe Deposit Boxes registered with the Project Owner or the Registrar (so-called whitelisting). For this reason, the respective transferring Bondholder as the current holder must inform the Project Owner and the Registrar of the intended transfer prior to a transfer.
- c) A transfer of the Bonds outside the E-Securities Register is not permitted. The fees for processing a transfer of Bonds amount to 0.5% of the purchase price of the Bonds to be transferred, but at least € 50. The transfer fee will be charged to the transferring Bondholder by OPC or by a third party to be designated by OPC.
- d) A transfer of Bonds is only permitted in accordance with the applicable statutory regulations. The Bonds may not be transferred to citizens of the United States or persons who are subject to tax in the United States. The Bonds may also not be transferred to persons of countries that are included in the current Financial Action Task Force (FATF) country list of high risk and other supervised jurisdictions.
- e) The Project Owner and the Registrar are entitled to technically block the transfer ("freezing") if there are legitimate reasons for doing so (e.g. identification of the transferor or transferee is not possible or there is a suspicion of criminal offences or other breaches of the law). The Project Owner or the Registrar will immediately terminate the freezing as soon as the reasons no longer exist or the suspicion has been dispelled.

§ 5 Interest payments and repayments, taxes

1. All payments by the Project Owner will be made on time in Euro. Should any partial interest payments and/or any unscheduled repayments by the Project Owner result in smaller payment amounts than planned for the Investors, the Investors are advised that this may lead to rounding differences in favour of or to the detriment of the Investors, whereby amounts of less than 1 cent will not be paid out.
2. If the forwarding of the redemption instalments of the Bonds and the forwarding of the interest payments to the bank account deposited by the Investor is not or no longer possible (e.g. due to incorrect or no longer up-to-date data), the Investor will be contacted by the settlement partner at least twice by e-mail and/or by telephone for the purpose of correcting the data within 80 calendar days - calculated from the due date of the interest payments or redemption payments to be forwarded. If no response is received from the Investor after expiry of the aforementioned period of 80 calendar days - with a reasonable period for feedback being granted within the 80 calendar days - the payment service provider will transfer the corresponding repayment amount and/or interest amount back to the Project Owner.
3. Income (interest payments or payments in kind such as goods/service vouchers) in connection with the Bonds shall be received without withholding or deduction of any present or future taxes imposed, i.e. taxes, levies and governmental charges or assessments of whatever nature imposed, levied, collected, withheld or assessed by or in the relevant state in which the Project Owner has its registered office or any of its local authorities or authorities having the power to levy taxes, unless such withholding or deduction is required by law. The Project Owner shall not be liable to make any additional payment to the Investors in respect of any such deduction or withholding.

§ 6 Functions, Powers of Attorney

1. Due to the bundling of numerous parallel Bonds, a large number of Investors have similar legal positions vis-à-vis the Project Owner. Against this background, each Bondholder hereby irrevocably instructs and authorises Invesdor to manage the Bonds at its reasonable discretion.

This authorization to manage claims includes in particular:

a) power of attorney to organise the collection of interest and principal in accordance with these Issue Terms (for the avoidance of doubt: Invesdor will not accept payments from the Project Owner for onward transmission to the Bondholders, but rather the Project Owner will pay directly to the relevant Bondholder with the involvement of the Payment Service Provider) and authorisation to organise the collection of proceeds from any realisation of the guarantee;

b) authorization to send automated payment reminders before and after the due date and to declare other reminders and deadlines to the Project Owner;

c) authorization to grant a deferment of payment under the following conditions:
In the event of short-term liquidity shortages and the associated temporary payment disruptions, Invesdor can grant a deferral of an instalment due soon on behalf of the Bondholders for a maximum of 3 months. The Project Owner must submit a liquidity plan and an up-to-date business evaluation, including a summary and balance sheet. Invesdor will check these documents for plausibility and decide on a deferment of payment at its reasonable discretion. The Project Owner has no legal right to a deferment of payment. Invesdor will inform the Bondholders about any possible deferments of payment uniformly.

d) authorization to accept declarations from the Project Owner (e.g. termination declarations) or other persons as receiving agent for the Bondholders;

e) power of attorney to obtain documents and information related to the claims from the Bonds from authorities, insolvency administrators, etc., in order to be able to communicate this information to the Bondholders uniformly.

f) power of attorney to transmit information and documents for the protection of legal interests (in particular guarantee certificates) to the law firm authorised in accordance with § 6 number 3 below (insofar as the law firm considers the information to be necessary), to coordinate these activities (for the avoidance of doubt: these coordination activities do not affect the mandate to the law firm to independently represent the interests at its own discretion); Invesdor is authorised to conclude a corresponding remuneration agreement on behalf of the Bondholders at standard market conditions on the basis of the Austrian Lawyers' Fees Act (Rechtsanwaltstarifgesetz/RATG) and the General Fee Criteria (Allgemeine Honorar-Kriterien/AHK) within the scope of the powers of attorney granted to it; however, insofar as this results in remuneration obligations of the Bondholders that cannot be retained from the proceeds realized, but must be compensated by payment of the Bondholders, the conclusion of a corresponding remuneration agreement requires the separate consent of the Bondholders concerned;

g) power of attorney to accept the guarantee declaration to be issued by the Chairman of the Board of Directors of the Project Owner, Philip Pauer (obligation to be liable to the Bondholders for the non-payment of interest and/or repayments from the Bonds up to a maximum of € 250,000) and for safekeeping of the guarantee declaration accepted on the basis of the power of attorney for the Bondholder;

h) power of attorney to effect and receive service of process (authorization to act as an agent for service of process) in Austria (country, in which the registered office of the Project Owner is located);

i) takeover of the position of trustee in accordance with § 6 number 7.

2. The actions taken by Invesdor within the scope of the above powers do not constitute legal services for the Bondholders, but are merely within the narrow framework described above, which is determined by the power of attorney defined above, without any legal advice or assessment. The Bondholder acknowledges that Invesdor is not authorized or obligated to take any further claim management or debt collection measures. Invesdor is not authorized to conclude settlements, take measures of disposition, conduct judicial dunning procedures or lawsuits, file for bankruptcy, etc. beyond the aforementioned actions.
3. Each Bondholder authorises and empowers Invesdor to authorize a law firm (hereinafter "**Law Firm**") based in Austria for the purpose of collecting claims and realizing any collateral and/or guarantees. When selecting the Law Firm, Invesdor will take into account, that it has particular expertise in the areas of banking and capital markets law as well as insolvency and restructuring law. The appointment is intended to authorize and empower the Law Firm, granting it equitable discretion, to exercise the Bondholders' termination rights and to issue corresponding termination declarations to the Project Owner after legal examination, in an Event of Default in the interest of the Bondholders, to take all kinds of realization measures, in particular settlements, dunning procedures, lawsuits, insolvency applications, assertion of any claims of the Bondholders from collateral and/or guarantees, and sales of the claim arising from these Issue Terms, which in the equitable discretion of the Law Firm appear to be the most suitable to achieve the highest possible realisation proceeds for the Bondholders, and to carry out these measures on behalf of the Bondholders, whereby the Law Firm is also entitled to equitable discretion with regard to the order in which the realization measures are initiated. To the extent that this is not impracticable, the Law Firm will threaten the initiation of realization measures with a reasonable period of notice. Each Bondholder hereby authorises the Law Firm to use Invesdor as a messenger to third parties, insofar as the Law Firm deems it appropriate.
4. In the event of the insolvency of Invesdor, the authorisation referred to in § 6 number 1 (except for § 6 number 1 h)) and in § 6 number 3 is granted in full by each Bondholder to Stichting Custodian Agent OPC, registered in the Dutch Commercial Register under registration number: 63904179 (hereinafter "**Stichting Custodian**").
5. Each Bondholder undertakes to exercise his/her rights against the Project Owner and/or the collateral provider arising from the Issue Terms and the Guarantee only in bundled form through the authorised representatives pursuant to this § 6 and to make any declarations required for this purpose at the request of the authorised representatives pursuant to this § 6.
6. The authorisations described above are irrevocable, except in the event of good cause. Good cause shall be deemed to exist in particular in the event of the insolvency of the Law Firm or in the event of a continued breach of duty with regard to the exercise or non-exercise of the authorisations pursuant to this § 6 following a warning notice by the Bondholder. In the event of revocation of the authorisations described above for good cause, the Bondholder undertakes, in the sense of a contract in favour of a third party (namely in favour

of all other Bondholders), to assert the claims only uniformly together with the other Bondholders and to exercise the corresponding rights only uniformly together with the other Bondholders.

7. Each Bondholder hereby assigns to Invesdor and, in the event of the insolvency of Invesdor, to Stichting Custodian the claims arising from its Bonds against the Project Owner, including all ancillary claims and (ancillary) rights, subject to the condition precedent set out in the following sentence, and Invesdor or, in the event of the insolvency of Invesdor, Stichting Custodian accept this assignment (fiduciary assignment for the purpose of collection). The above assignment is subject to the condition precedent that one of the above-mentioned authorised representatives, in exercising the powers of attorney specified in § 6 number 1-3, decides to take legal action against the Project Owner for the account of the Bondholders, to initiate dunning proceedings or to take comparable measures in the context of the enforcement or realisation of the Bondholders' claims. The respective authorised representative will inform the Bondholders in the event that this condition precedent occurs. This fiduciary assignment is made free of charge exclusively for the organisational and procedural economic bundling of the Bondholders' claims.
8. The Investor grants Invesdor and, in the event of the insolvency of Invesdor, Stichting Custodian the option, which may be exercised at any time, to demand from the Investor the transfer of his/her Bonds concurrently against payment of the entire principal amount of the Bonds still outstanding at the time the option is exercised, together with interest accrued - but not yet paid - up to the time the option is exercised and a compensation for the Early Repayment to be paid in accordance with § 4 number 2 (whereby the exercise of the option is equivalent to Early Termination by the Project Owner). For this purpose, the Investor hereby offers Invesdor and, in the event of insolvency of Invesdor, Stichting Custodian all claims arising from his/her Bonds and from the guarantee for purchase and assignment. Invesdor and, in the event of the insolvency of Invesdor, Stichting Custodian can accept this offer at any time by declaration in text form (e.g. e-mail). The assignment is subject to the condition precedent of payment of the entire principal amount of the Bonds still outstanding at the time the option is exercised, together with interest accrued - but not yet paid - up to the time the option is exercised and the compensation for the Early Repayment to be paid in accordance with § 4 number 2. The Investor hereby declares his/her consent. If the option is exercised, the Investor is obliged to transfer to Invesdor and, in the event of the insolvency of Invesdor, to Stichting Custodian all Bonds belonging to the Investor. In this case, Invesdor and, in the event of the insolvency of Invesdor, Stichting Custodian will provide the Investor with an address (public key) to be used for the transfer.
9. The Project Owner undertakes to provide information, declarations of intent, business-like actions and/or other communication to the Bondholder exclusively via Invesdor.

§ 7 Laying down the Issue Terms

1. For the recording of the Issue Terms as a durable electronic document, the Registrar shall store the information in a verifiable manner in such a way that it can be reproduced unchanged at any time. It shall ensure that the integrity and authenticity of the stored information is also guaranteed in the long term and can be verified at any time.
2. The Registrar shall make the Issue Terms freely available on the internet at all times and in a manner that is easy to find using standard procedures.
3. Any changes to the access to the Issue Terms shall be announced in due time and in an appropriate manner.

§ 8 Amendment of the Issue Terms / Change of the E-Securities Register / Joint Representative

1. The Registrar shall ensure that, without the consent of the Bondholders, amendments are only made to the recorded Issue Terms on the following basis, unless they are manifestly incorrect:
 - a) by law,
 - b) on the basis of a law,
 - c) on the basis of a legal transaction
 - d) on the basis of a court decision or

- e) on the basis of an enforceable administrative act.
2. The Issue Terms may be amended by the Project Owner with the consent of the Bondholders on the basis of a majority resolution in accordance with § 5 SchVG. The same applies regarding the change of the Crypto Securities Register pursuant to § 22 eWpG. The voting procedure shall be governed by the provisions of Section 2 (Resolutions of the Bondholders) of the German Act on Bonds from Total Issues (Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen - SchVG), as amended from time to time, unless otherwise provided below. The Bondholders shall pass resolutions by a simple majority of the voting rights participating in the vote. Resolutions amending the material content of the Issue Terms, in particular in the cases of § 5 para. 3 numbers 1 to 9 SchVG, shall require a majority of at least 75% of the voting rights participating in the vote in order to become effective.
 3. The resolutions shall be passed only by way of a vote without a meeting pursuant to § 18 SchVG. Each Bondholder shall participate in the voting of the Bondholders in accordance with the nominal value or arithmetical participation of his/her entitlement from the outstanding Bonds. The voting shall be conducted by the voting chairman. The voting chairman shall be the Joint Representative of the Bondholders, if he has called for the vote, or a person appointed by the court. § 9 para. 2 sentence 2 SchVG shall apply accordingly.
 4. The call for a vote shall be made by the voting chairman with the involvement of the Registrar. The invitation to vote by the voting chairman shall regulate the further details of the passing of the resolution and the voting. The invitation to vote shall be sent by e-mail to the respective Bondholder at the e-mail address last notified by the Bondholder. With the invitation to vote, the Bondholders shall be informed of the items to be resolved, the proposals for resolutions and the voting procedure. The invitation to vote shall be made at least 14 calendar days before the beginning of the voting period. Notwithstanding § 12 (2) SchVG and § 17 SchVG, no public announcement of the convocation and/or the resolutions shall be made in the German "Bundesanzeiger". The voting chairman shall draw up minutes of the resolutions passed. The resolutions shall be announced to the respective Bondholders by electronic means.
 5. Invesdor and, in the event of insolvency of Invesdor, Stichting Custodian shall be appointed as Joint Representative for all Bondholders ("**Joint Representative**") in accordance with § 7 SchVG, whereby Invesdor and, in the event of insolvency of Invesdor, Stichting Custodian are entitled to appoint a third person to be named by these for this function at any time. The Joint Representative shall have the duties and powers granted to him by law or by the Bondholders by majority resolution. He shall follow the instructions of the Bondholders. Insofar as he is authorised to assert the rights of the Bondholders, the individual Bondholders are not authorised to assert these rights independently, unless the majority resolution expressly provides for this. The Joint Representative shall report to the Bondholders on his activities. Costs and expenses shall be borne by the Project Owner in accordance with § 7 para. 6 SchVG.
 6. Amendments to the content of the Issue Terms in accordance with the above provisions shall only become effective upon filing with the Registrar (§ 5 eWpG). The changes must be traceable in the amended Issue Terms. For this purpose, the various versions shall be consecutively numbered and verifiably stored in a chronological record in such a way that they can be reproduced unchanged at any time. Resolutions of the Bondholders' meeting by which the content of the Issue Terms is amended or supplemented shall be executed in such a way that the Issue Terms to which the entry in the E-Securities Register refers and which are accessible at the Registrar are supplemented or amended. The date and time of the amendment or supplement shall be specified. For this purpose, the voting chairman shall transmit the content of the resolution documented in the minutes to the Registrar with the request to attach the submitted documents to the existing documents in an appropriate form. He shall assure the Registrar that the resolution may be executed.

§ 9 Technical changes

The Project Owner is entitled to change the technical modalities of payment or other similar matters in connection with the Bonds without the consent of the Bondholders, provided that such changes do not worsen the economic situation of the Bondholders.

§ 10 Final provisions

1. The form and content of the Bonds and all rights and obligations of the Bondholders and the Project Owner arising therefrom shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany. German law shall apply.
2. In the event of the death of a Bondholder, the Bonds shall pass to his heirs. If there are several heirs, they must appoint a joint authorised representative vis-à-vis the Project Owner to exercise the rights arising from the Bonds. The heir(s) shall be obliged to prove their identity as heirs to the Project Owner without undue delay after the succession by submitting a certificate of inheritance or a proof of inheritance in accordance with § 35 of the German Land Register Act (GBO) as amended from time to time or a comparable foreign proof of inheritance. The costs for providing proof of inheritance shall be borne by the legal successor. Until the legitimisation of the heir(s) and the appointment of a joint representative in the case of several heirs, the rights arising from the Bonds shall be suspended and no payments shall be made.